

Geschichte original

Quellen für den Unterricht



M 1

M 1 Ausbreitung der radioaktiven Wolken in der Zeit vom 27. April bis 6. Mai 1986 durch den Unfall im Kernkraftwerk Tschernobyl. Die ersten Pressemeldungen in Deutschland erfolgen erst am 29. April 1986.

Vorlage: Bundesamt für Strahlenschutz

M 2a Infoveranstaltung von Juso-AG und Kommunalem Arbeitskreis Bisingen, 1986.

Vorlage: Dr. Ines Mayer

»Strahlendes Zollernland«

Das Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 im Spiegel der Lokalpresse

Der Kreisarchivar des Zollernalbkreises Dr. Andreas Zekorn war hocheifrig, als ich wegen Archivalien zum Reaktorunglück in Tschernobyl anfragte. Der entsprechende Bestand war erst vor kurzem zugänglich geworden. *Seither habe ich gehofft, dass mal jemand vorbeikommt und was damit macht*, meinte Zekorn. 2021 jährte sich der GAU zum 35. Mal, das Thema war für eine Zeit wieder in den Medien. Aber vor allem eine andere Meldung bewog mich, im vergangenen Jahr ein Landeskunde-Modul zu Tschernobyl zu erarbeiten. Das 2019 von der WHO gegründete *Independent Panel for Pandemic Preparedness and Response* bezeichnete im Mai 2021 die Covid-Pandemie als das *Tschernobyl des 21. Jahrhunderts*.

Um es gleich vorwegzunehmen: In den Klassen, in denen ich das Modul bisher eingesetzt habe, stellten die Schülerinnen und Schüler von sich aus Vergleiche zu Corona

an – bevor das Zitat des Independent Panels den zweiten Teil eröffnete. Und noch etwas ist anzumerken: Der Pannenreaktor in Tschernobyl ist im Februar 2022 schlagartig wieder in den Fokus der deutschen und europäischen Öffentlichkeit geraten. Wenige Tage nach dem Überfall russischer Verbände auf die Ukraine wurden das Atomkraftwerk besetzt, die Mitarbeiter gefangen gehalten und mit äußerst fahrlässigen Aktionen radioaktiver Staub aufgewirbelt. Ganz offensichtlich war den russischen Soldaten der Name Tschernobyl kein Begriff.

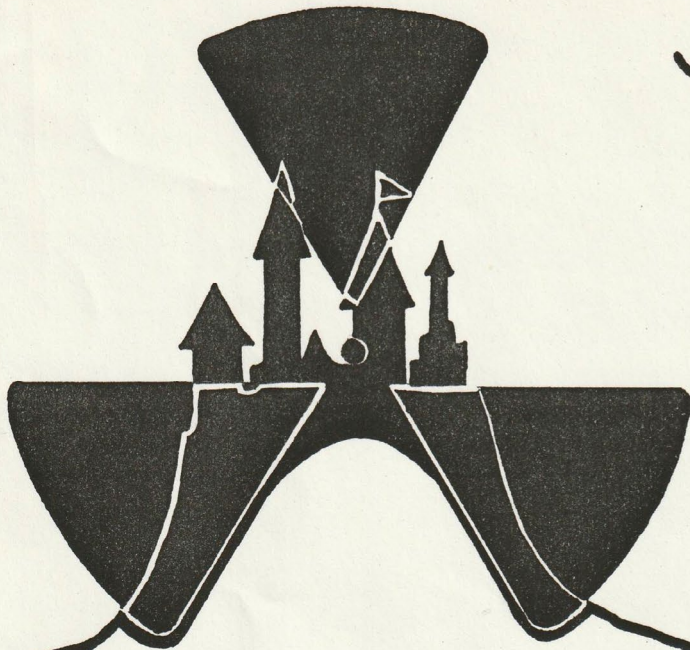
Ganz im Gegensatz zu Deutschland und speziell Baden-Württemberg, wo der GAU von 1986 tief im kollektiven Gedächtnis verankert ist. Die hier schon zuvor vorhandene Skepsis gegenüber der Atomenergie wurde noch einmal stark befördert, langfristig hat das Ereignis zum Atomausstieg beigetragen.

Das Unterrichtsmodul

Wenn das Independent Panel die Covid-Pandemie im Mai 2021 als *21st century's Chernobyl moment* bezeichnet, wird zum einen darauf angespielt, dass die damalige UdSSR die Vorfälle vertuschen wollte – so wie China beim Ausbruch der Covid-Pandemie. Doch es gibt zahlreiche weitere Parallelen im Umgang mit einer länderübergreifenden Katastrophe. Vor allem fällt das Bedürfnis der Bevölkerung nach zeitnahen Informationen und einer Orientierung für die Bewältigung des Alltags in der Krise auf. Denn beide Male verursacht die unsichtbare Gefahr ein Gefühl des Ausgeliefertseins. Dabei besteht ein großer kommunikationstechnologischer Unterschied: 1986 befand man sich noch in einem ganz anderen Medienzeitalter. Es gab kein Internet, das einem die eigenständige Recherche ermöglicht hätte. Die Informationen musste man

M 2a

Strahlendes Zollern- Land



TSCHERNOBYL : Experten informieren

Gut drei Wochen nach der Reaktorkatastrophe in der UdSSR sind die Folgen, speziell auch für uns in der Bundesrepublik, noch unklar. Viele Fragen sind noch offen. Die Verwirrung ist groß. Sie haben Gelegenheit, sich persönlich zu informieren. Dazu haben wir folgende Experten eingeladen:

- **Wolf Bruland** - Agrarbiologe, Landwirt; ehemaliger Mitarbeiter des IFEU (Institut für Energie- und Umweltforschung)
- **Helmut Opferkuch** - Biologe; Mitarbeiter des BUND Tübingen
- **Thomas Voelter** - Arzt

Freitag, 23.5.'86
20⁰⁰ Uhr

Feuerwehrhaus
Bisingen

EINTRITT FREI

Veranstalter: Juso-AG Bisingen &
Kommunaler Arbeitskreis



M 3

Sowjetunion bestätigt Unglück in Atomkraftwerk

Erhöhte Radioaktivität in Finnland und Schweden

Moskau (dpa). Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass hat gestern bestätigt, dass im Atomkraftwerk Chernobyl in der Ukraine ein Schaden an einem Atomreaktor aufgetreten ist.

Maßnahmen seien eingeleitet worden, teilte die Agentur ohne weitere Einzelheiten mit. Tass erwähnte lediglich, dass es auch Verletzte gegeben habe. In Finnland und Schweden war in den letzten zwei Tagen erhöhte Strahlungsaktivität festgestellt worden. Als Ursache hatte das finnische Strahlungsschutzzentrum in Helsinki eine unterirdische Atomexplosion angenommen. Schwedische Experten hatten dies allerdings ausgeschlossen. Nach Angaben fin-

nischer Behörden wurde in einigen Städten seit Sonntag das fünf- bis sechsfache der normalen Strahlungsmenge gemessen.

Wie Tass berichtete, werde den von dem Unglück Betroffenen geholfen. Es sei eine Untersuchungskommission gebildet worden. Beobachter in Moskau werten dies als Hinweis dafür, dass das Unglück möglicherweise schwere Folgen gehabt habe.

Als Leserinnen und Leser fragt ihr euch, ob das Reaktorunglück direkte Folgen für euch bzw. die Bürgerinnen und Bürger in eurer Region hat. Ihr beschließt, einen Brief an den Landrat bzw. die Landrätin zu schreiben: Was möchtet ihr wissen? Was erwartet ihr von der Kreisverwaltung?

Aufgabe: Verfasst einen Brief an den Landrat bzw. die Landrätin eures Landkreises.

den klassischen Medien entnehmen, oder man musste brieflich und telefonisch Anfragen an Behörden und Experten richten. Die Erfahrungen kulminierten in dem Vorwurf, nach der Atomkatastrophe in der UdSSR gebe es nun eine *Informations-Katastrophe bei uns*. So titelte der Zollernalbkurier in seiner Ausgabe vom 9. Mai 1986, also gut zehn Tage nach der ersten Pressemeldung über den GAU in der Ukraine.

Das Informationsdefizit steht im Mittelpunkt der ersten von zwei Doppelstunden. Hier wird von den Schülerinnen und Schülern eine fiktive Anfrage an den Landrat des Zollernalbkreises verfasst und danach dessen Antwortschreiben auf eine tatsächliche Anfrage von 1986 analysiert. Die zweite Doppelstunde basiert auf Artikeln in der Lokalpresse von Anfang bis Ende Mai 1986. Es ist herauszuarbeiten, wie auf der kommunalen Ebene Politik und Verwaltung, Bürgerschaft und Presse auf die Nuklear-

katastrophe reagieren. Parallel dazu werden Vergleichspunkte zur Covid-Pandemie festgehalten und abschließend diskutiert. Da das Thema im Bildungsplan der Kursstufe verortet ist, sind die Materialien für die Sekundarstufe II konzipiert.

Der Stundenverlauf

Den Einstieg in das Thema bildet das Logo eines Veranstaltungsplakats vom Mai 1986, das bereits den Bezug zur lokalen Ebene herstellt (M 2a). Die Schülerinnen und Schüler stellen Hypothesen zum Titel *Strahlendes Zollernland* auf. Als Hilfestellung kann die Datierung mit eingeblendet werden.

Die Problematisierung erfolgt über die Titelseite des Zollernalbkuriers vom 29. April 1986 (M 3), auf der, ziemlich klein, die erste Meldung über das Reaktorunglück im Mantelteil des Zollernalbkuriers (ZAK) und überhaupt in der bundesdeutschen Presse, erscheint. Die Randständigkeit der Meldung

löst erste Irritationen aus. Der kurze Text wird gemeinsam gelesen und ausgewertet. Was erfuhren die Leser über das *Unglück* im Atomkraftwerk? Was kann *zwischen den Zeilen* herausgelesen werden? An dieser Stelle ist auch auf den historischen Kontext des Ost-West-Konflikts einzugehen. Ergänzend kann die Lehrkraft einen kurzen Input zu Tschernobyl geben. Möglicherweise können auch Schülerinnen und Schüler ihr Vorwissen einbringen.

Eine erste Erarbeitungsphase sensibilisiert für die Wahrnehmung der Zeitgenossen, aber auch für die damalige Medienlandschaft, indem – mit einer produktionsorientierten Aufgabenstellung – auf der Basis der ZAK-Meldung eine Anfrage an den Landrat des Zollernalbkreises verfasst wird. Der Landrat ist daher der Adressat, weil der Bereich Katastrophenschutz bei seiner Behörde angesiedelt ist. Nach der Präsentation der Schülertexte und deren Be-

M 3 Titelseite des Zollernalbkuriers vom Dienstag, 29. April 1986.

Vorlage: Kreisarchiv Zollernalbkreis

M 2b Unterschriftenliste von der Infoveranstaltung der Juso-AG Bisingen und des dortigen Kommunalen Arbeitskreises (KAK).

Vorlage: Kreisarchiv Zollernalbkreis, KRA BL ZAK 3/14, Bd.1, 9

Aufgabe: Vergleich diese Anfrage mit euren Briefen an den Landrat.

Bisingen, Feuerwehrhaus, 28.5. '86

Sehr geehrter Herr Landrat,
gut drei Wochen nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl herrscht im ZAK große Unsicherheit und Beunruhigung über die Strahlenbelastung in unseren Städten und Gemeinden. Wir fordern Sie deshalb auf, kontinuierliche Messungen der Strahlenbelastung - u.a. des Bodens, des Trinkwassers und der Nahrungsmittel - durchzuführen und deren Ergebnisse laufend zu veröffentlichen.
Wir halten die bisherige Informationspolitik seitens des Landratsamtes für unzureichend.

- Unterschriftensammlung anlässlich der Veranstaltung "Strahlen im Zollernalb - Tschernobyl und die Folgen" (Voraussetzungen: Kommunaler Arbeitskreis und Juso-AG Bisingen.)

Name	Adresse	Unterschrift
------	---------	--------------

Es folgen 55 Unterschriften.

26.5.86

Zur Kenntnisnahme übersende ich Ihnen diese Unterschriftensammlung mit 55 Unterschriften.
Bei evtl. Nachfragen wenden Sie sich bitte an: XXX
7460 Balingen-Weilstetten

Mit freundlichen Grüßen XXX

Herrn Ellenberger

Bitte Antwortsbrief auf mich vorbereiten - im Stil des Briefes an den »Jugendring Zollernalbkreis« von Neulich.

28.05.1986
gez.: Haasis

M 2b

26.5.'86

Zur Kenntnisnahme übersende ich Ihnen diese Unterschriftensammlung mit 55 Unterschriften.

Bei evtl. Nachfragen wenden Sie sich bitte an: XXX

7460 Balingen-Weilstetten

Mit freundlichen Grüßen XXX

Herrn Ellenberger

Bitte Antwortsbrief auf mich vorbereiten - im Stil des Briefes an den »Jugendring Zollernalbkreis« von neulich.

28.05.1986

gez.: Haasis

sprechung erfolgt die Konfrontation mit der tatsächlichen Anfrage der Juso-AG Bisingen und des dortigen Kommunalen Arbeitskreises (M 2b). Diese wird mit den eigenen Briefen verglichen.

Exemplarisch für die Informationspolitik der (kommunalen) Administration wird das Antwortschreiben des Landrats (M 4) ausgewertet. Zum Schluss kann das Schreiben beurteilt werden: Ist die Antwort zufriedenstellend?

Als Hausaufgabe kann der nötige historische Input zur Tschernobyl-Katastrophe über ein Lernvideo aufgegeben werden. Sehr anschaulich und kompakt ist hier das entsprechende Video aus der Serie *MussteWissen Geschichte*.

In die zweite Doppelstunde wird mit dem Zitat des Independent Panel vom Mai 2021 (M 5) eingestiegen: die Covid-Pandemie sei das *Tschernobyl des 21. Jahrhunderts*. Die Frage nach Parallelen führt unter anderem zum Thema der Verunsicherung und des

Informationsbedürfnisses der Bevölkerung. An dieser Stelle muss auch die unterschiedliche Mediensituation problematisiert werden. 1986 waren Informationen nicht digital verfügbar. Für die Auswirkungen des Reaktorunglücks auf den eigenen Alltag war die Lokalpresse das wichtigste Medium.

In der anschließenden Erarbeitungsphase werden Berichte aus den beiden Lokalzeitungen im Zollernalbkreis für den Monat Mai 1986 (M 6 und M 7) ausgewertet. Es bietet sich an, in Kleingruppen arbeitsteilig vorzugehen. Das heißt, jede Gruppe erhält dasselbe Material, aber innerhalb der Gruppe können die Artikel verteilt werden. Die Aufgabenstellung lautet: Arbeitet aus den Artikeln heraus, wie Politik und Verwaltung, Bürgerschaft und Presse reagieren. Inwiefern ist hier eine Entwicklung feststellbar? Welche Parallelen zur Covid-Pandemie gibt es?

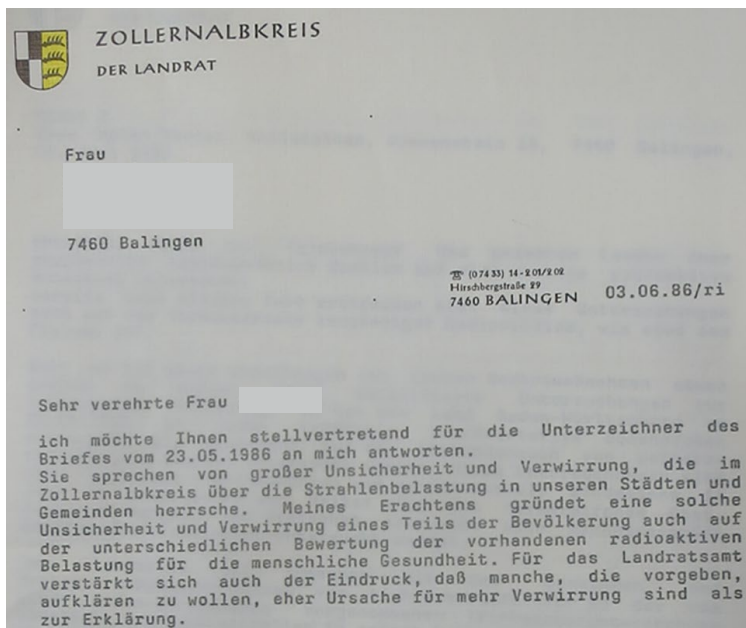
Die Besprechung erfolgt zunächst in der Kleingruppe. Danach können die Gruppen-

ergebnisse im Plenum präsentiert bzw. hier gleich diskutiert werden. Dabei kann in zwei Schritten vorgegangen werden: Zunächst wird die historische Dimension im Mai 1986 besprochen. Ein möglicher Impuls für die Diskussion im Plenum kann folgendes Zitat darstellen: *Nach der Atomkatastrophe in der UdSSR Informations-Katastrophe bei uns.* (ZAK vom 09.05.1986)

Abschließend kann noch einmal das Zitat des Independent Panel eingeblendet und auf Vergleichsaspekte zur Covid-Pandemie eingegangen werden.

Die Lokalpresse – Worüber wurde berichtet? Welche Parallelen zur Covid-Pandemie werden deutlich?

Ausgewertet wurden nur Berichte, die im Mai 1986 im Lokalteil erschienen sind. Nach einer Anlaufzeit von wenigen Tagen, in denen es spärliche Meldungen gab, erhöhten sich Frequenz und Umfang deutlich. Es



M4 M5



COVID-19 is the 21st century's Chernobyl moment – not because a disease outbreak is like a nuclear accident, but because it has shown so clearly the gravity of the threat to our health and well-being. It has caused a crisis so deep and wide that presidents, prime ministers and heads of international and regional bodies must now urgently accept their responsibility to transform the way in which the world prepares for and responds to global health threats. If not now, then when?

Es ist ein großer Vorteil unserer offenen Gesellschaft, daß solche verschiedenen Ansichten geäußert werden können. Nur darf man die staatlichen Stellen nicht für eine daraus etwa entstehende Unsicherheit und Verwirrung verantwortlich machen wollen. Folgt man den Empfehlungen der Strahlenschutzkommission, so besteht kein Grund, verunsichert oder verwirrt zu sein.

Dies nicht zuletzt deshalb, da die veröffentlichten Meßergebnisse zeigen, daß die tatsächliche radioaktive Belastung der Lebensmittel und damit des menschlichen Körpers zum Teil erheblich unter den von der Strahlenschutzkommission festgelegten Grenzwerten liegen und sich damit eine etwaige Gefährdung ebenfalls entsprechend verringert.

In unserer Gesellschaft steht es jedem einzelnen aber auch frei, sich einer anderen Ansicht anzuschließen und entsprechend zu handeln. Es ist jedoch nicht Aufgabe der Verwaltung, die für die verschiedensten Handlungsweisen notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Den im Zollernalbkreis wohnenden Unterzeichnern wurde Mehrfertigung (ohne Anlagen) übersandt, soweit Adresse klar ersichtlich war.

Mit freundlichen Grüßen

erschieden im Lokalteil nun täglich mehrere Artikel zu den Folgen der Reaktorkatastrophe für die Region.

Hinweis: Die Parallelen zur Covid-Pandemie werden im Folgenden unterstrichen markiert.

1. Beschwichtigung versus Bedürfnis nach Orientierung

In der Anfangsphase zeigen die Reaktionen von Politik und Verwaltung eine Tendenz zu Beruhigung und Beschwichtigung. Es wird vor Überreaktion und Angst gewarnt, Unverständnis für die unnötige Atom-Hysterie geäußert und versichert, dass Grenzwerte nicht überschritten worden seien. Im Übrigen seien für die Messungen übergeordnete Verwaltungsebenen zuständig.

Genau diese Bagatellisierung machen die

Bürgerinnen und Bürger der Verwaltung zum Vorwurf: Sie würden Verharmlosungspolitik betreiben, die Bevölkerung würden nicht ausreichend informiert (Informations-Katastrophe) und auch nicht ausreichend geschützt. Kritisiert wird hier auch, dass Institute und Ämter am Wochenende nicht besetzt seien und somit keine Werte erhoben werden könnten. Außerdem gebe es widersprüchliche Aussagen, die für Verunsicherung sorgen würden. Insgesamt wird deutlich, dass in der Bevölkerung ein großes Bedürfnis nach Orientierung für den eigenen Alltag besteht. Daher wird die umgehende Mitteilung von genauen Messwerten gefordert.

Die Lokalpresse wiederum erhebt zunächst ein Stimmungsbild. Es werden unter anderem die Folgen der radioaktiven Strahlungen und auch der behördlichen Maßnahmen recher-

chiert, indem bei Landwirten, Supermärkten und Apotheken nachgefragt wird. Die festgehaltenen Aussagen spiegeln die Verunsicherung wieder. Außerdem wird von Panikkäufen (Jod, Trockenmilch) berichtet sowie von der Sorge vor finanziellen Einbußen.

2. Erste Maßnahmen und Einschränkungen

Von der Verwaltung werden nun einschränkende Maßnahmen getroffen, zum Beispiel Freibäder und Spielplätze geschlossen, landesweit werden Klassenfahrten in Ostblockstaaten abgebrochen und neue Fahrten untersagt. Außerdem werden Verhaltensempfehlungen gegeben: Man solle kein Freilandgemüse verzehren, Kinder nach dem Spiel im Freien waschen etc. Wer sich an Empfehlungen der Verwaltung halte, heißt es, habe nichts zu befürchten.

Gestern erster Strahleneinsatz in Ebingen aber:

Überreaktion und Angst sind nicht am Platze

Gespräch mit dem „Wetterfrosch“ der Bundeswehr – Auf dem Geißbühl war alles ruhig

Abstadt/Meßstetten (ge) Große Aufregung am Sonntagvormittag: Strahleneinsatz der Ebinger Feuerwehr: zum ersten Mal Ernstfall für die Geigerzähler des Strahlenmeßtrupps unter Kommandant Jürgen Binder. Dem Alarm durch die Polizei folgte die – erfreuliche – Ernüchterung. Die Sorgen eines Ebinger Ehepaares, das sich nicht wohlfühlte und festgestellt zu haben glaubte, daß alle Zimmerblumen einen gelb-verwelkten Eindruck machten, erwiesen sich als unbegründet. Die Instrumente zeigten lediglich die normalen Umweltradiation entsprechenden Werte an. Dennoch Stirnrundeln der Behörde: ob sich jetzt auch bei uns die zwar begriffliche aber völlig unnötige „Atom-Hysterie“ breitmacht?

Während Kommandant Binder pflichtgemäß die – nicht vorhandenen – Strahlungsgefahren an den Bezirksbrandmeister beim Regierungspräsidium Tübingen weitermeldet, haben wir von der ZAK-Redaktion versucht, uns ein objektives Bild zu verschaffen über die Lage. Am Wochenende kein einfaches Unterfangen: die zivilen geophysikalischen Institute und Umweltämter sind teilweise nicht besetzt, geben zudem allgemeine, der überörtlichen Presse nicht zurechenbare, aber keilbezogene heraus.

Was sagt das Militär?

Der gute Draht zur Luftwaffendivision, namentlich Generalmajor Uwe Vieht, sowie zum Leiter der geophysikalischen Abteilung der Division, Dipl.-Meteorologe Günther Hanl, allerdings machte kaum Gegläubtes möglich. Wenn auch keine Meßwertzahlen, so zeigte der „Mann von der Geophysik“ doch

schnell auf, daß Gefahr nicht im Verzug, Überreaktion und Angst also für die Bevölkerung des Zollernalbkreises nicht am Platze sind.

Warnsystem ständig durchgeübt

Denn: wenn ein Ernstfall einträte – und dies müßte nicht unbedingt der bewußte V-Fall sein, für den sich die Bundeswehr täglich in Schilff hält; wenn also die Meßwerte der radioaktiven Strahlungen über die Normalgrenze hinausgehen, würde dies bei den entsprechenden Verantwortlichen der Bundeswehr sofort bekannt. Das Warnsystem und die dazugehörigen Kanäle sind in regelmäßigen Übungen so durchgeführt und perfekt, daß keinerlei Zweifel bestehen, daß der „Geißbühl“ sofort in Kenntnis gesetzt würde. Immerhin – der Divisionsstab mit Generalmajor Vieht an der Spitze trägt Verantwortung für hunderte von Einsatz-Piloten, die ja im Strahlungsfalle noch extrem gefährdeter wären zunächst als die Bevölkerung.

Warndaten bewußt auf ziviler Seite

Günther Hanl: „Die Bundeswehr selber hat keinen Auftrag und keine

Einrichtungen, die entsprechende Meßzahlen liefern. Diese Aufgabe wurde bewußt den zivilen Umweltämtern zugeordnet. Allerdings ist die Durchlässigkeit der Informationen reibungslos gegeben.“

Zum Reaktorunglück und seinen Folgen meint Hanl, daß die Werte für uns nicht im Gefahrenbereich liegen. Wäre dies der Fall gewesen, hätte auch die geophysikalische Dienststelle in Meßstetten den Auftrag gehabt, anhand der durchgegebenen Meßwerte ihre wetter- und klimabezogenen Schlüsse zu ziehen. Sprich: im V-Falle wird die Geophysik den Kommandierenden Informationen darüber erteilen, wo in re Truppen nicht einsetzen kann, weil Wind, Luftströmung und sonstige Witterungseinflüsse die Strahlungen in irgendeinem Bereich zur echten Einsatzgefahr werden lassen.

Keine Sonderstellung

Fazit des Gespräches: Die Bundeswehr genießt keine Sonderstellung, was die Information über Normal- oder Grenzwertbereiche radioaktiver Verschmutzung im Falle eines zivilen Unglücks anbetrifft. Nur im Einzelfall, dem vielzitierten „V-Fall“ hat sie einen Informationsvorsprung vor der Bevölkerung. Die Tschernobyl-Werte haben auf dem Geißbühl keine Reaktion ausgelöst.

- M 6**
- M 4** Antwortschreiben des Landrats (Auszüge).
Vorlage: Kreisarchiv Zollernalbkreis KRA BL ZAK 3/14, Bd.1, 9
- Aufgaben: Arbeitet das Antwortschreiben durch. Worauf geht der Landrat ein? Wie stellt er die Situation im Kreis dar? Beurteilt das Schreiben: Stellt euch der Inhalt zufrieden? Begründet eure Antwort.**
- M 5** Screenshot von der Homepage des Independent Panel.
Vorlage: https://theindependentpanel.org/wp-content/uploads/2021/05/COVID-19-Make-it-the-Last-Pandemic_final.pdf
- M 6** Erster Bericht zu Tschernobyl im Lokalteil des Zollernalbkreis vom Montag, 5. Mai 1986.
Vorlage: Kreisarchiv Zollernalbkreis, KRA BL ZAK 3/14, Bd.1, 442-445

Gras fürs Landratsamt

Atomkraftgegner protestierten bei Landrat Haasis / »Augenwischerei«

kep. Balingen. Mit einer spontanen Protestaktion brachten gestern rund 20 Erwachsene und Kinder ihre Besorgnis über die Strahlenbelastung nach der Katastrophe von Tschernobyl zum Ausdruck. Einige Mitglieder der neugegründeten »Bürgerinitiative gegen Atomkraft« deponierten Plastiksäcke mit strahlenverseuchtem Gras und Gemüse vor den Türen des Landratsamtes Balingen. Anschließend statteten sie Landrat Heinrich Haasis einen Besuch ab.

Dort zeigten sie sich mit der Informationspolitik des Landkreises nach der Katastrophe nicht einverstanden. Die meist jungen Mütter hatten ihre Kinder mitgebracht, um zu zeigen, daß insbesondere ihnen ihre Sorge gelte. Der Landrat wurde, nachdem er sich aus einer Versammlung hatte lösen können, mit einigen Forderungen konfrontiert.

So verlangten die Atomkraftgegner, daß täglich Messungen auf Schulhöfen, Kindergärten und auf Spielplätzen gemacht und die Werte veröffentlicht werden. Die totale Entwarnung, die zur Zeit gegeben werde, sei »reine Augenwischerei«, betonte eine der Teilnehmerinnen. Auch für die Muttermilch verlangten die Atomkraftgegner genaue Meßwerte.

Landrat Haasis entgegnete, daß auch er sich um die Zukunft seiner Kinder Sorge und genauso betroffen sei. Allerdings habe die Verwaltung die Katastrophe »relativ unvorbereitet« getroffen. Er betonte, daß die Strahlenschutzkommission, die seit 1974 bestehe, Richtwerte herausgegeben habe, die auf Kleinkinder gemünzt seien. Im übrigen seien diese Richtwerte unter der Schwelle einer Gesundheitsschädigung angesetzt.

Heinrich Haasis machte die verzwickte Lage deutlich, in der er sich zur Zeit befände: Von anderer Seite werde er »angegriffen«, weil der Landkreis zu strenge Werte herausgegeben habe. Auf die Frage, was im Landkreis in nächster Zeit in punkto Strahlenbelastung noch unternommen werde, sagte der Landrat, daß die Trinkwasserquellen alle noch einmal untersucht würden. Wenn keine Bedenken auftauchten, werde nur noch einmal wöchentlich gemessen.

- M 7**
- M 7** »Gras fürs Landratsamt«, Schwarzwälder Bote vom Samstag, 17. Mai 1986.
Vorlage: Kreisarchiv Zollernalbkreis, KRA BL ZAK 3/14, Bd.1, 442-445
- Aufgabe: Arbeitet aus den Artikeln heraus, wie Politik und Verwaltung, Bevölkerung und Presse reagieren, inwiefern hier eine Entwicklung feststellbar ist und welche Parallelen es zur Corona-Pandemie gibt.**

Die Bevölkerung nimmt hierbei allerdings Widersprüche wahr: Es werde *ständig Entwarnung* gegeben, aber gleichzeitig würden restriktive Maßnahmen wie die Schließung von Trinkwasserquellen vorgenommen. Ein Indikator ist der Fußball, die Absage von Fußballspielen wird als Alarmsignal gedeutet. Insgesamt reiche *die Palette der Reaktionen von Sorglosigkeit über Resignation bis hin zu offener Angst*.

Die Stimmung in der Bevölkerung macht sich zunehmend in den Leserbriefspalten der Tageszeitungen bemerkbar, die Presse äußert ihrerseits in Kommentaren Kritik an der Verwaltung.

3. Grundsatzfragen zur Nutzung von Atomkraft

Schon nach wenigen Tagen werden die

Sorgen über die Alltagsbewältigung überformt von grundsätzlichen Fragen. Im Kreistag und in einigen Gemeinderäten gibt es Grundsatzdiskussionen über Atomkraft. Außerdem wird beklagt, dass Katastrophenschutz bisher stiefmütterlich behandelt worden sei. Deutlich werden auch Defizite bei der Informationsübermittlung bzw. Kommunikation der verschiedenen Behörden, wie überlastete Telefonleitungen oder fehlende Faxgeräte.

Auch die Parteien positionieren sich nun. Vor allem die Grünen, aber auch die SPD bekräftigen ihre Kritik an der Atomenergie: Die Einbettung des aktuellen Problems in einen größeren politischen Kontext erinnert an die Diskussionen während der Corona-Pandemie über Krisenvorsorge, Gesundheitssystem oder Grundrechte.

4. Info-Format wird etabliert / Ungeduld und Überdross in der Bevölkerung
Seit Mitte Mai 1986 werden die Amtlichen Bekanntmachungen des Zollernalbkreises veröffentlicht, eine Zusammenstellung von Messwerten, Empfehlungen und Informationen zum Beispiel zu Entschädigungen. Zur selben Zeit macht sich in der Bevölkerung Ungeduld breit. Schon zweieinhalb Wochen nach dem Reaktorunglück ist die Rede vom Wunsch nach Rückkehr zur Normalität. Einschränkungen werden als Zumutung empfunden. Eine Demonstrantin fühlt sich *um den Frühling betrogen*.

5. Bürgerschaftliche Kritik und Protestaktionen / behördliche Abwehrreaktionen
Gegen Ende des Monats äußert die Verwaltung zunehmend Kritik an der Presse.

Dieser wird *Verunsicherung* und *Sensationsmacherei* vorgeworfen. Gleichzeitig tritt der Landrat Vorwürfen entgegen, wonach er die Presseberichterstattung einschränken wolle.

Die Bevölkerung organisiert nun regelmäßig Protestaktionen: Demos, Leserbriefe, die Gründung von Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, Veranstaltungen etc. Dabei werden auch Kinder einbezogen, möglicherweise instrumentalisiert, gerne mit dem Verweis auf die *Sorge* um die Kinder. In einem Leserbrief kulminiert die *Besorgnis* sogar in dem Bekenntnis, die eigene Familienplanung könne nicht wie geplant fortgesetzt werden, denn man könne keine Kinder in eine Welt setzen, in der die Regierung schon *ein nächstes Mal* einkalkuliere.

Auch aus der Bevölkerung kommen Forderungen nach einer Abschaltung der Atomkraftwerke in Deutschland. Außerdem wird die Politik für eine mangelnde Vorbereitung auf den Krisenfall kritisiert.

Der Parteienstreit pendelt sich inzwischen entlang der bekannten Linien (Junge Union versus SPD etc.) ein.

Der Betrachtungszeitraum für die Lokalpresse endet am 31. Mai 1986. An diesem Tag wird im Zollernalbkurier unter dem Titel *Tschernobyl und kein Ende* berichtet, dass Diskussionsabende immer noch gut besetzt seien. Offenbar ist man verwundert, dass das Thema nach einem Monat noch virulent ist.

Ausblick

Angesichts der neuerlichen Meldungen über den Katastrophenreaktor in Tschernobyl im Kontext des Kriegs in der Ukraine kann das Thema in den Folgestunden in eine Diskussion über die Bedeutung von Energieträgern für die Sicherheitspolitik münden. Das Verbundfach Geschichte mit Gemeinschaftskunde (GGk) an Beruflichen Gymnasien (BG) und Beruflichen Oberschulen (BOS) ermöglicht diese Verknüpfung im Rahmen des Bildungsplans für die Jahrgangsstufe 2 am BG bzw. im zweiten Jahr der BOS grundsätzlich. An den allgemeinbildenden Gymnasien kann eventuell fächerübergreifend mit Gemeinschaftskunde zusammengearbeitet werden.

Denkbar ist überdies eine eigene Auswertung der Lokalpresse für den Mai 1986 in der Region des eigenen Schulstandorts, zum Beispiel im Rahmen eines Seminars. Als erste Anlaufstelle sei hier das jeweilige Kreisarchiv empfohlen. Bestimmt ist auch hier – wie im Kreisarchiv in Balingen – ein analoger Pressespiegel vorhanden, der einem die mühsame Suche in den Mikrofilmen der Zeitungsarchive ersparen kann.

25. April 1986

In Block 4 des sowjetischen Reaktors soll ein Testlauf für einen möglichen Notfall durchgeführt werden. Während des Tests findet ein Schichtwechsel statt.

26. April 1986

Um 0.28 Uhr fällt die Leistung des Reaktors aus bis heute ungeklärten Gründen auf ein Prozent. Mehrere Fehlentscheidungen des Personals führen zu zwei Explosionen, die das Dach des Reaktorgebäudes wegsprengen. Rauch steigt kilometerhoch in die Atmosphäre und reißt große Mengen radioaktiven Staub mit sich.

27. April 1986

Brand: Aus Hubschraubern werden Blei, Sand und weitere Stoffe zur Brandlöschung in den Reaktor geworfen. Ein gegenteiliger Effekt tritt ein: Die Temperatur steigt. Die sowjetische Regierung schickt »Liquidatoren« für Aufräumarbeiten auf das Gelände. Erst am 6. Mai ist der Brand gelöscht und die Freisetzung von radioaktiven Stoffen in die Atmosphäre gestoppt.

28. April 1986

Bisher wissen die westlichen Staaten Europas nichts von den Ereignissen. Erst ein Alarm im schwedischen Kernkraftwerk Forsmark, nördlich von Stockholm, meldet die radioaktive Wolke. Die staatliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS veröffentlicht eine Kurzmeldung zu einem Unfall in Tschernobyl.

29. April 1986:

Die radioaktive Wolke erreicht Deutschland. Erste Meldungen in der Presse (z. B. auf der Titelseite des Zollernalbkuriers) erscheinen.

5. Mai 1986

Die Stadt Tschernobyl und die umliegenden Ortschaften werden evakuiert. Das Gebiet im Umkreis von 30 Kilometern um das Kernkraftwerk wird zur Sperrzone erklärt. Der erste Artikel in der Lokalpresse des Zollernalbkreises erscheint.

3. Juni 1986

Einrichtung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Juli 1986

Rund um das Reaktorgebiet werden Trümmer und kontaminierte Erde vergraben. Ein Sarkophag wird gebaut, der den Reaktor völlig ummanteln soll.

November 1986

Das Gelände ist gesäubert, der Sarkophag fertiggestellt. Die Reaktoren 1 bis 3 sind wieder in Betrieb.



Das Unterrichtsmodul »Das Reaktorunglück von Tschernobyl 1986 im Spiegel der Lokalpresse« auf dem Landesbildungsserver:
https://www.schule-bw.de/faecher-und-schularten/gesellschaftswissenschaftliche-und-philosophische-faecher/landeskunde-landesgeschichte/module/bp_2016/kursstufe-streben-nach-partizipation-und-wohlstand-in-der-brd/das-reaktorunglueck-von-tschernobyl-1986-im-spiegel-der-lokalpresse

* Ines Mayer

Dr. Ines Mayer unterrichtet Deutsch, Geschichte und Gemeinschaftskunde an der Philipp-Matthäus-Hahn-Schule Balingen und ist Beauftragte für Landeskunde an der ZSL-Regionalstelle Tübingen.